

Mehr Gelassenheit gegenüber Zuwanderung

Eine Dokumentation des Beitrags
von Professor Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 43 vom 20. Februar 2014

INHALT

- Tabellenübersicht

- Originalmanuskript

- Anhangtabellen

- Schaubilder

- Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 43 vom 20. Februar 2014, S. 8, unter dem Titel:

"Mehr Gelassenheit beim Thema Einwanderung. Im Prinzip sind die Deutschen für die Freizügigkeit innerhalb der EU. Nur bei Rumänen und Bulgaren überwiegt noch die Skepsis."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Die weitaus meisten rechnen mit mehr Zuwanderern
	A	2	Rumänien und Bulgarien gelten derzeit als die Länder, aus denen die meisten Zuwanderer kommen
	A	3	2013 glaubten mehr an eine große Zahl von rumänischen und bulgarischen Zuwanderern ab 2014 als heute
	A	4	Beschränkungen für die Zuwanderung
	A	5	Signifikant weniger gehen davon aus, dass viele Ausländer vor allem wegen der Sozialleistungen nach Deutschland kommen
	A	6	Wahrnehmung der Zuwanderung in der eigenen Region
	A	7	Probleme mit Zuwanderern gibt es vor allem in Großstädten
	A	8	Wohnortgröße entscheidet nicht über die Grundhaltung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU
	A	9	Für viele sind die in Deutschland lebenden Ausländer nicht genügend integrationsbereit
	A	10	Abwehrhaltungen gegenüber der Zuwanderung finden sich insbesondere bei Anhängern der AfD
	A	11	Anhänger der AfD sehen das Klima zwischen Deutschen und Ausländern viel kritischer
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Gespaltene Reaktion auf Arbeitnehmerfreizügigkeit
		2	Öffentliche Meinung in Bewegung
		3	Wachsende Aufmerksamkeit für die steigende Zuwanderung
		4	Abwehrhaltung
		5	Unterstützung von Zuwanderung
		6	Probleme durch Zuwanderung in der näheren Region
		7	Positive Bilanz

Originalmanuskript

Professor Renate Köcher
Institut für Demoskopie Allensbach

Mehr Gelassenheit gegenüber Zuwanderung

Das Schweizer Votum für eine Begrenzung der Zuwanderung hat Politik und Wirtschaft in ganz Europa aufgeschreckt. Die aufgeregten Reaktionen lassen sich kaum mit der möglichen Belastung der Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz erklären, sondern vor allem mit der Sorge, dass das Votum in vielen Ländern der EU von einem Teil der Bevölkerung als ermutigendes Fanal aufgenommen werden könnte.

Die meisten Mitgliedsländer der EU haben zwar nicht annähernd einen vergleichbar hohen Anteil an ausländischen Bürgern oder eine ähnlich dynamische Zuwanderung wie die Schweiz. Trotzdem würde es kaum ein EU-Mitgliedsland gerne auf eine Volksabstimmung über die Regelung der Zuwanderung ankommen lassen. Das Prinzip der Freizügigkeit ist auch innerhalb der EU keineswegs unumstritten. In Deutschland beurteilt zwar eine starke relativ Mehrheit dieses Prinzip positiv – aber eben nur eine relative, nicht die absolute

Schaubild 1

Mehrheit: 49 Prozent sprechen sich für, 32 Prozent gegen die geltende Arbeitnehmerfreizügigkeit aus, jeder Fünfte enthält sich der Stimme. Schaubild 1

Die Unterstützung ist zudem nicht festgefügt. Wenn die seit Anfang des Jahres geltende Freizügigkeit für Rumänen und Bulgaren zur Diskussion steht, schrumpft die Unterstützung auf 26 Prozent, während sich 49 Prozent in diesem Fall gegen das Prinzip der Arbeitnehmerfreizügigkeit aussprechen. Schaubild 2

Gleichzeitig lässt die Trendanalyse jedoch erkennen, wie stark die öffentliche Meinung hier in Bewegung ist. Noch vor einem Dreivierteljahr sprachen sich 67 Prozent gegen die Ausweitung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien aus, Ende letzten Jahres 61 Prozent, jetzt 49 Prozent. Die intensive Diskussion, die Anfang des Jahres zu diesem Thema geführt wurde, hat die Ablehnung signifikant verringert. Schaubild 2

Insgesamt ist die Entwicklung der öffentlichen Meinung in Bezug auf Zuwanderung von einer bemerkenswerten Kombination aus wachsender Aufmerksamkeit und zunehmender Gelassenheit geprägt. Das ist ungewöhnlich; im Allgemeinen signalisiert wachsende Aufmerksamkeit für die Entwicklung der Zuwanderung auch wachsende Beunruhigung. Dieses Muster

ist diesmal außer Kraft gesetzt.

Deutschland verzeichnet seit vier Jahren eine kontinuierlich und rasch steigende Nettozuwanderung, wie sie das Land seit zwanzig Jahren nicht erlebt hat. Während noch 2009 mehr Menschen Deutschland verließen als zuwanderten, kamen 2010 127.000 mehr Menschen nach Deutschland als abwanderten. 2011 betrug der Zuwanderungssaldo bereits 279.000, 2012 369.000, 2013 bereits am Ende des dritten Quartals 343.000. Noch 2013 war diese Entwicklung erst 31 Prozent der Bürger bewusst; 34 Prozent gingen zu diesem Zeitpunkt dagegen davon aus, dass sich die Zuwanderung nur wenig erhöht hat. Jeder Vierte vermutete sogar, dass sich die Zuwanderung nach Deutschland nicht nennenswert verändert hat oder sogar rückläufig ist. Mittlerweile ist 45 Prozent bewusst, dass Deutschland einen signifikanten Anstieg der Zuwanderung verzeichnet, nur noch 13 Prozent gehen davon aus, dass der Zuwanderungssaldo ausgeglichen oder negativ ist. Für die Zukunft rechnen 80 Prozent mit einer steigenden Zahl an Zuwanderern, 56 Prozent mit einer gravierenden Zunahme.

Schaubild 3

Tabelle A 1

In Bezug auf die Provenienz der Zuwanderer sind die Annahmen der Bürger durch die Debatten der letzten Jahre einseitig auf Rumänien und Bulgarien fokussiert und damit verzerrt. Während Polen seit Jahren das mit Ab-

stand größte Zuwandererkontingent stellt, vermuten die Bürger vor allem einen starken Zustrom aus Rumänien und Bulgarien. 75 Prozent gehen davon aus, dass zurzeit besonders viele Zuwanderer aus Rumänien kommen, 67 Prozent aus Bulgarien. Mit großem Abstand folgen Afrika, Russland und Polen, die jeweils vier von zehn Bürgern als Herkunftsland oder -region vieler Zuwanderer vermuten. Die Diskussionen am Jahresbeginn über die Ausweitung der Arbeitnehmerfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien hat die einseitige Fokussierung auf diese Länder noch einmal verstärkt.

Tabelle A 2

Gleichzeitig ist jedoch die Erwartung, dass es künftig einen starken Zustrom aus diesen beiden Ländern geben wird, signifikant zurückgegangen. Im Frühjahr 2013 rechneten noch 60 Prozent der Bevölkerung damit, dass sich die Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien 2014 erheblich verstärken wird, jetzt nur noch 46 Prozent. Insgesamt hat die Debatte über die Ausweitung der Freizügigkeit eher zu mehr Gelassenheit als zu verstärkten Ressentiments beigetragen.

Tabelle A 3

Die Grundhaltung der Bevölkerung zur Zuwanderung ist schon seit längerem in Bewegung. Vor zehn Jahren waren noch 42 Prozent der Bürger der Meinung, dass Boot sei voll, Deutschland könne keine Zuwanderung mehr verkraften. 2010 vertraten noch 28 Prozent

Schaubild 4

diese Auffassung, zurzeit 18 Prozent. Diese Veränderung der öffentlichen Meinung geht in hohem Maße auf die positive Entwicklung des Arbeitsmarktes zurück, durch die Zuwanderer weniger als Konkurrenten um knappe Stellen, sondern zunehmend als wichtige Ressource für die deutsche Wirtschaft gesehen werden. **Schaubild 4**

Vor zehn Jahren waren noch 59 Prozent überzeugt, dass Deutschland aufgrund der Lage auf dem Arbeitsmarkt keine Zuwanderung braucht; das glauben heute nur noch 34 Prozent.

Dagegen setzte sich immer mehr die Einschätzung durch, dass Deutschland aufgrund seiner robusten Konjunktur und auch aufgrund seiner demografischen Entwicklung auf Zuwanderer angewiesen ist. 2003 sahen lediglich 16 Prozent in der demografischen Entwicklung ein starkes Argument zugunsten von mehr Zuwanderung, heute 40 Prozent. Die Überzeugung, dass Zuwanderung notwendig ist, um den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft zu decken, hat im selben Zeitraum von 13 auf 39 Prozent zugenommen. So stabil sich diese Trends entwickelt haben, müssen sie allerdings auch als Warnung interpretiert werden, dass ein längerer Konjunkturunbruch hier zu einer Trendwende führen könnte. **Schaubild 5**

Solange der Arbeitsmarkt in einer guten Verfassung ist, sieht die Mehrheit in Zuwande-

rung kein Problem – vorausgesetzt, dass die Struktur und Qualifikation zu dem Bedarf auf dem Arbeitsmarkt passen. 59 Prozent der Bevölkerung vertreten diese Auffassung; gleichzeitig sprechen sich 53 Prozent dafür aus, Maßnahmen gegen eine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme zu treffen. Die Mehrheit geht davon aus, dass viele Zuwanderer von dem sozialen Netz angezogen werden. Auch diese Einschätzung ist in den letzten Monaten interessanterweise signifikant schwächer geworden: Im Frühjahr 2013 waren davon noch 67 Prozent überzeugt, jetzt 57 Prozent. Die Einschätzung, dass dies eher Ausnahmen sind, hat sich dagegen binnen weniger Monate von 14 auf 32 Prozent mehr als verdoppelt.

Tabelle A 4

Tabelle A 5

Die Gründe für die zunehmende Gelassenheit sind neben der robusten Verfassung des Arbeitsmarktes und der intensiveren Auseinandersetzung mit dem Thema die persönlichen Beobachtungen der Bürger. Trotz der gestiegenen Zuwanderung hat sich diese Entwicklung im Nahbereich der meisten nicht sichtbar niedergeschlagen. Die Mehrheit zieht die Bilanz, dass in der eigenen Region nur wenig oder kaum etwas von Zuwanderung zu spüren ist. 31 Prozent berichten von einem erheblichen Zuzug; dies sind ähnlich viele wie vor einem Jahr. 23 Prozent haben den Eindruck, dass die Zuwanderung in ihrer Region Proble-

Tabelle A 6

Schaubild 6

me verursacht hat, vor einem knappen Jahr waren 26 Prozent. Da die Zuwanderung nicht gleichmäßig verteilt erfolgt, sondern sich vor allem auf Westdeutschland und die Ballungsgebiete konzentriert, werden in den größeren Städten mehr Zuwanderung und auch mehr Probleme durch Zuwanderung registriert. Auf dem Land zieht nur ein Viertel der Bürger die Bilanz, dass sich die Zuwanderung in der näheren Region deutlich verstärkt hat, in den Großstädten 41 Prozent. 17 Prozent der Bevölkerung auf dem Land berichten von problematischen Folgen, in den großen Städten 29 Prozent. Trotzdem sind die Grundhaltungen zu Zuwanderung und Arbeitnehmerfreizügigkeit in den großen Städten nicht kritischer als auf dem Land. Bei dem Schweizer Votum war auffällig, dass die ländlichen, deutlich weniger von Zuwanderung geprägten Regionen weit aus stärker für eine Begrenzung der Zuwanderung votierten als die städtischen Ballungsgebiete.

Tabelle A 7

Tabelle A 8

Die zunehmende Gelassenheit, die zurzeit viele Haltungen der deutschen Bevölkerung zu Zuwanderung und Arbeitnehmerfreizügigkeit kennzeichnet, spiegelt sich auch in der Bilanz des Zusammenlebens von Deutschen und hier lebenden Ausländern. 45 Prozent ziehen hier eine positive Bilanz, 39 Prozent eine kritische, wobei lediglich 5 Prozent den Eindruck haben, das Zusammenleben funktioniere überhaupt nicht gut. Vor einem knappen Jahr überwogen

Schaubild 7

noch die kritischen Stimmen. Damals bewerteten 43 Prozent das Zusammenleben positiv, 47 Prozent negativ. Die Integrationserfolge hält jedoch die überwältigende Mehrheit für unbefriedigend. Gut zwei Drittel bezweifeln, dass die in Deutschland lebenden Ausländer integriert sind, wobei die Gründe oft eher in der unzureichenden Integrationsbereitschaft einzelner Zuwanderergruppen als in unzureichenden Integrationsbemühungen des eigenen Landes verortet werden. Gleichzeitig rangieren verstärkte Bemühungen um Integration jedoch in der politischen Agenda der Bürger immer auf den letzten Plätzen.

Tabelle A 9

Auch wenn sich die öffentliche Meinung in den letzten Jahren verändert und teilweise eine Neubewertung der Zuwanderung vorgenommen hat, zeigen die Daten, dass es auch heute in einem nicht unbeträchtlichen Anteil der Bevölkerung Besorgnis und Abwehrhaltungen gibt.

Das gilt weit überdurchschnittlich für die Anhänger der AfD, die diesem Thema auch besondere Aufmerksamkeit zuwenden. 78 Prozent der Anhänger der AfD haben den starken Anstieg der Zuwanderung bewusst registriert, weitaus mehr als der Durchschnitt der Bevölkerung; fast jeder Zweite vertritt die These, dass Deutschland keine weitere Zuwanderung mehr verkraften könne. Entsprechend fordern

Tabelle A 10

44 Prozent der AfD-Anhänger einen Zuwanderungsstopp. Weder die Argumente des Arbeitskräftebedarfs noch die demografische Entwicklung überzeugen in dieser Gruppierung. Vielmehr vertreten 68 Prozent der Anhänger der AfD die Auffassung, dass Deutschland angesichts der noch bestehenden Arbeitslosigkeit auf Zuwanderung völlig verzichten kann. Auch das Klima zwischen Deutschen und in Deutschland lebenden Ausländern wird von den Anhängern der AfD ungleich kritischer bewertet als von der übrigen Bevölkerung. Die zunehmende Gelassenheit, die in der Bevölkerung zu beobachten ist, gilt nicht für diese politische Gruppierung.

Tabelle A 11

Anhangtabellen

Die weitaus meisten rechnen mit mehr
Zuwanderern

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie sehen Sie das für die Zukunft: Glauben Sie, dass die Zahl der
Zuwanderer nach Deutschland in den nächsten Jahren eher steigen
wird, oder wird sie eher abnehmen oder gleich bleiben?"

Falls: 'wird steigen'

FRAGE: "Und rechnen Sie mit einer deutlichen oder nur mit einer geringfügigen
Zunahme der Zuwanderung nach Deutschland?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Wird steigen.....	80
und zwar deutliche Zunahme	56
geringfügige Zunahme	18
unentschieden, keine Angabe	6
Zahl der Zuwanderer wird abnehmen.....	1
Wird gleich bleiben	14
Unentschieden, keine Angabe.....	5
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11021, Februar 2014

Rumänien und Bulgarien gelten derzeit als die Länder, aus denen die meisten Zuwanderer kommen

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was vermuten Sie: Aus welchen Ländern oder Regionen kommen derzeit besonders viele Zuwanderer nach Deutschland, welche Länder oder Regionen spielen da eine große Rolle?" (Listenvorlage)

	Bevölkerung insgesamt
	%
Rumänien	75
Bulgarien	67
Afrika	42
Russland.....	41
Polen	40
Türkei.....	39
Griechenland	23
Spanien	20
Asien.....	18
Slowenien	14
Tschechien	12
Slowakei	11
Ungarn	9
Portugal	8
Italien	5
Weiß nicht, keine Angabe.....	8

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11021, Februar 2014

2013 glaubten mehr an eine große Zahl von rumänischen und bulgarischen Zuwanderern ab 2014 als heute

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Und glauben Sie, dass ab 2014 deutlich mehr rumänische und bulgarische Arbeitskräfte nach Deutschland einwandern werden, oder wird die Zahl der rumänischen und bulgarischen Einwanderer nur etwas oder gar nicht steigen?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2013 %	2014 %
Deutlich mehr Arbeitskräfte.....	60	46
Etwas steigen.....	29	41
Gar nicht steigen.....	2	4
Unentschieden, keine Angabe.....	9	9
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11008, 110021

Beschränkungen für die Zuwanderung

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Hier auf dieser Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere zum Thema Zuwanderung gesagt haben. Was davon ist auch Ihre Meinung?" (Listenvorlage)

Auszug aus den Vorgaben

	Bevölkerung insgesamt
	%
"Zuwanderung ist dann kein Problem, wenn die richtigen Zuwanderer nach Deutschland kommen, z.B. junge, qualifizierte Leute, die auf dem Arbeitsmarkt gebraucht werden"	59
"Wir sollten keine Armutszuwanderer, z.B. aus Bulgarien oder Rumänien, mehr nach Deutschland lassen"	53

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11021, Februar 2014

Signifikant weniger gehen davon aus, dass viele Ausländer vor allem wegen der Sozialleistungen nach Deutschland kommen

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Glauben Sie, dass es viele Menschen gibt, die nur nach Deutschland kommen, um hier Sozialleistungen zu beziehen, oder sind das Ausnahmen?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2013	2014
	%	%
Gibt viele	67	57
Sind Ausnahmen	14	32
Unentschieden, eine Angabe	19	11
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11008, 11021

Wahrnehmung der Zuwanderung in der eigenen Region

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was beobachten Sie speziell in Ihrer Region: Sind in den letzten Jahren viele Zuwanderer aus dem Ausland in Ihre Region gezogen, oder nur wenige, oder kaum welche?"

	Bevölkerung insgesamt	
	2013	2014
	%	%
Viele zugezogen	33	31
Nur wenige zugezogen	34	37
Kaum welche zugezogen.....	16	15
Unentschieden, keine Angabe	17	17
	<u>100</u>	<u>100</u>

	Stadt und Land			
	Dörfer	Klein- städte	Mittel- städte	Groß- städte
	%	%	%	%
Viele zugezogen	27	25	30	41
Nur wenige zugezogen	40	43	38	28
Kaum welche zugezogen.....	23	16	14	11
Unentschieden, keine Angabe	10	16	18	20
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 11008, 11021

Probleme mit Zuwanderern gibt es vor allem
in Großstädten

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE an Personen, in deren Region in den letzten Jahren Zuwanderer aus dem Ausland zugezogen sind:

"Gibt es wegen der Zuwanderer bei Ihnen in der Region Probleme, oder ist das nicht der Fall?"

	Bevölkerung				
	Insgesamt	Dörfer	Klein- städte	Mittel- städte	Groß- städte
	%	%	%	%	%
Gibt Probleme.....	23	17	22	20	29
Nicht der Fall	42	51	43	45	35
Unentschieden, keine Angabe.....	18	22	19	17	16
Es sind unentschieden, ob in den letzten Jahren Zuwanderer aus dem Ausland in ihre Region gezogen sind	17	10	16	18	20
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11021, Februar 2014

Wohnortgröße entscheidet nicht über Grundhaltung zur Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Innerhalb der EU gilt die sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Damit ist gemeint, dass man als Arbeitnehmer im EU-Ausland ohne Einschränkungen arbeiten darf. Finden Sie es gut, dass es innerhalb der EU diese Regelung gibt, oder finden Sie das nicht gut?"

	Bevölkerung insgesamt	Stadt und Land			
		Dörfer	Klein- städte	Mittel- städte	Groß- städte
	%	%	%	%	%
Finde ich gut	49	54.....	49.....	45.....	50
Finde ich nicht gut.....	32	27.....	37.....	32.....	30
Unentschieden, keine Angabe.....	19	19.....	14.....	23.....	20
	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>	<u>100</u>

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11021, Februar 2014

Für viele sind die in Deutschland lebenden
Ausländer nicht genügend integrationsbereit

Tabelle A 9
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie ist Ihre Meinung: Sind die meisten bei uns in Deutschland lebenden
Ausländer genügend integriert, oder würden sie das nicht sagen?"

Falls: "Nein, würde ich nicht sagen":

FRAGE: "Und woran liegt das: Tut man in Deutschland zu wenig dafür, oder sind
viele Ausländer selbst oft nicht genügend bereit, sich zu integrieren?"

	Bevölkerung insgesamt
	%
Ja, genügend integriert.....	13
Nein, würde ich nicht sagen	68
<u>liegt daran, dass -</u>	
man in Deutschland zu wenig dafür tut	2
Ausländer selbst nicht bereit sind.....	37
Beides, sowohl als auch.....	28
Unentschieden	1
Unentschieden.....	19
	<hr/>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11008, Mai 2013

Abwehrhaltungen gegenüber der Zuwanderung finden sich insbesondere bei Anhängern der AfD

Tabelle A 10
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Nach allem, was Sie wissen oder vermuten: ist die Zahl der Menschen, die aus dem Ausland nach Deutschland zuwandern, in den letzten ein, zwei Jahren stark oder etwas gestiegen, oder stark oder etwas zurückgegangen, oder hat sich da nicht viel verändert?"

	Bevölk. insg. %	Anhänger der AfD %
Stark gestiegen	45	78
Etwas gestiegen.....	37	13
Stark zurückgegangen	x	1
Etwas zurückgegangen.....	2	1
Nicht viel verändert	11	4
Weiß nicht, keine Angabe	5	3
	100	100

FRAGE: "Hier auf dieser Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere zum Thema Zuwanderung gesagt haben. Was davon ist auch Ihre Meinung?"
(Listenvorlage)

Auszug aus den Vorgaben

	Bevölk. insg. %	Anhänger der AfD %
"Bei uns werden zu wenig Kinder geboren, darum brauchen wir mehr Zuwanderung, um unsere Sozialversicherungssysteme zu finanzieren"	40	27
"Wir brauchen mehr Zuwanderung, um den Arbeitskräftebedarf unserer Wirtschaft in bestimmten Bereichen zu decken"	39	24
"Solange es bei uns so viele Arbeitslose gibt, brauchen wir keine Zuwanderung"	34	68
"Die Zuwanderung nach Deutschland sollte gestoppt werden, um zu vermeiden, dass Anhänger terroristischer Gruppen zu uns kommen" ..	19	44
"Bei uns leben schon so viele Ausländer, wir können keine weiteren mehr aufnehmen"	18	48

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11021, Februar 2014

Anhänger der AfD sehen das Klima zwischen Deutschen und Ausländern viel kritischer

Tabelle A 11
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wie gut funktioniert alles in allem das Zusammenleben zwischen Deutschen und den hier lebenden Ausländern?"

	Bevölkerung. insgesamt	Anhänger der AfD
	%	%
Sehr gut	1	1
Gut	44	24
Weniger gut.....	34	43
Gar nicht gut	5	21
Unentschieden, keine Angabe	16	11
	<hr/> 100	<hr/> 100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 11021, Februar 2014

Zweitstimmen		Gesamtdeutschland						
		CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Sonstige %
Bundestagswahl 27.09.2009		33,8	14,6	23,0	10,7	11,9	-	6,0
2009:	Jahresdurchschnitt	36,0	13,5	24,0	11,5	10,5	-	4,5
2010:	Jahresdurchschnitt	33,0	8,0	28,0	16,0	9,5	-	5,5
2011:	Jahresdurchschnitt	33,5	5,0	28,5	19,0	7,5	-	6,5
2012:	Jahresdurchschnitt	35,5	4,5	29,0	14,5	6,5	-	10,0
2013:	3.-18.Januar	39,0	5,0	28,0	14,0	7,0	-	7,0
	1.-14.Februar	39,0	6,0	27,0	15,0	6,5	-	6,5
	1.-14.März	39,5	6,0	26,5	15,5	6,0	-	6,5
	27.März-12.April	38,5	5,0	28,0	15,0	7,0	-	6,5
	15.-30.April	38,5	5,5	26,0	15,0	6,0	3,5	5,5
	4.-17.Mai	39,0	6,0	27,0	13,0	6,0	3,5	5,5
	1.-14.Juni	38,0	6,0	26,0	14,0	7,0	3,0	6,0
	1.-11.Juli	40,0	6,5	25,5	12,5	6,0	3,5	6,0
	3.-15.August	39,0	7,0	24,5	13,5	7,0	3,0	6,0
	19.-31.August	40,0	6,0	25,0	12,5	7,5	3,0	6,0
	3.-13.September	39,0	6,0	26,0	11,0	9,0	3,5	5,5
	16.-19.September	39,5	5,5	27,0	9,0	9,0	4,5	5,5
Bundestagswahl 22.09.2013		41,5	4,8	25,7	8,4	8,6	4,7	6,3
2014:	1.-14.Oktober	41,0	5,0	25,0	9,0	9,0	5,5	5,5
	21.Okt.-4.Nov.	42,0	4,0	26,0	8,5	9,0	6,0	4,5
	8.-21.November	40,0	4,0	26,5	10,0	9,5	5,0	5,0
	1.-12.Dezember	41,5	4,0	25,5	10,5	9,0	4,5	5,0
	10.-23.Januar	40,0	5,0	26,0	10,0	8,5	5,0	5,5
	1.-13. Februar	40,0	4,0	26,5	10,5	9,0	5,0	5,0

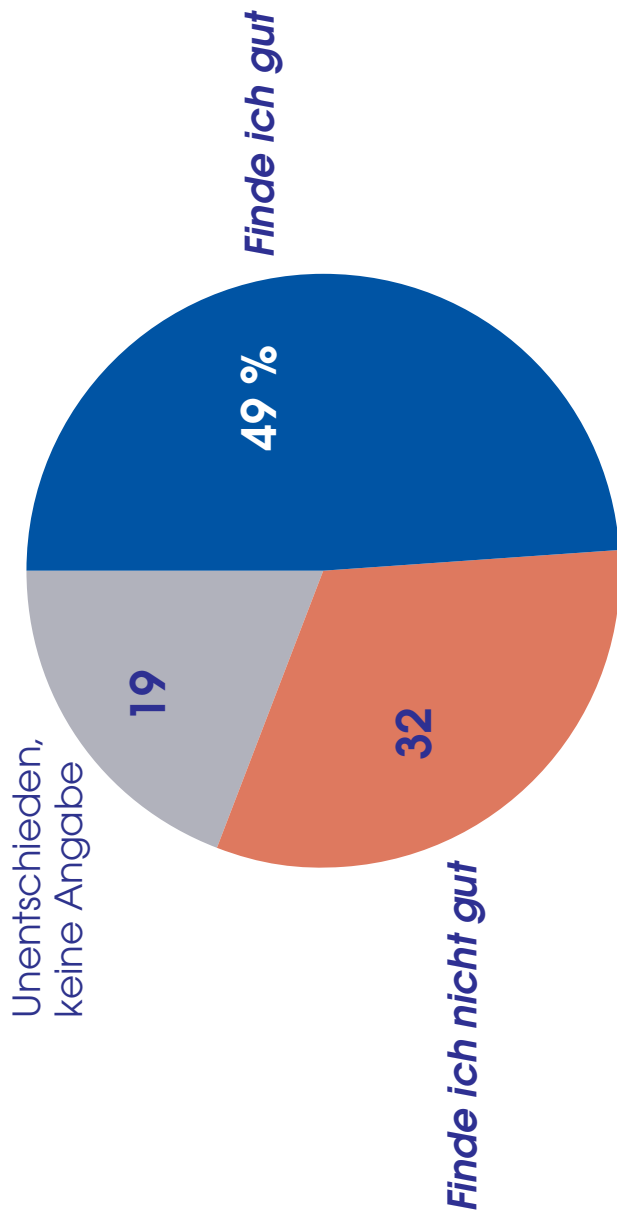
*) Wert für AfD in Sonstige eingerechnet

QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie

Schaubilder

Gespaltene Reaktion auf Arbeitnehmerfreizügigkeit

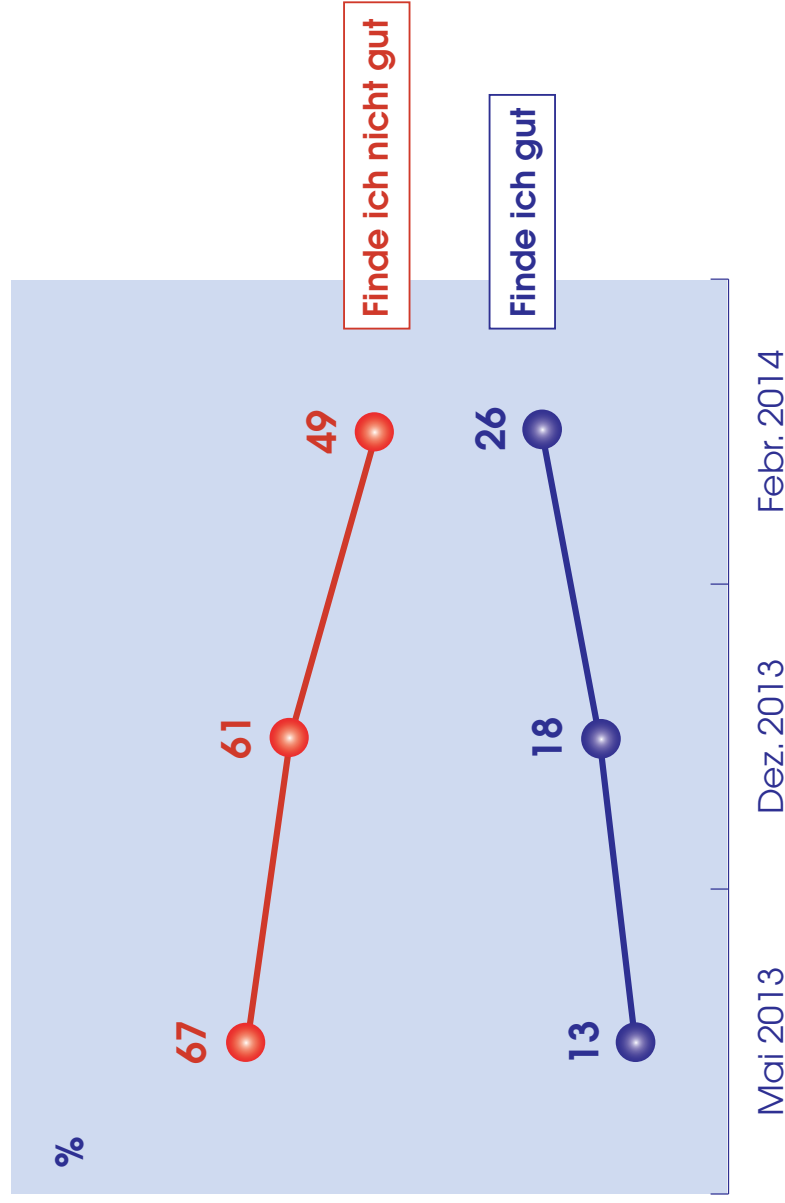
Frage: "Innerhalb der EU gilt die sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Damit ist gemeint, dass man als Arbeitnehmer im EU-Ausland ohne Einschränkungen arbeiten darf. Finden Sie es gut, dass es innerhalb der EU diese Regelung gibt, oder finden Sie das nicht gut?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, ifD-Umfrage 11021

Öffentliche Meinung in Bewegung

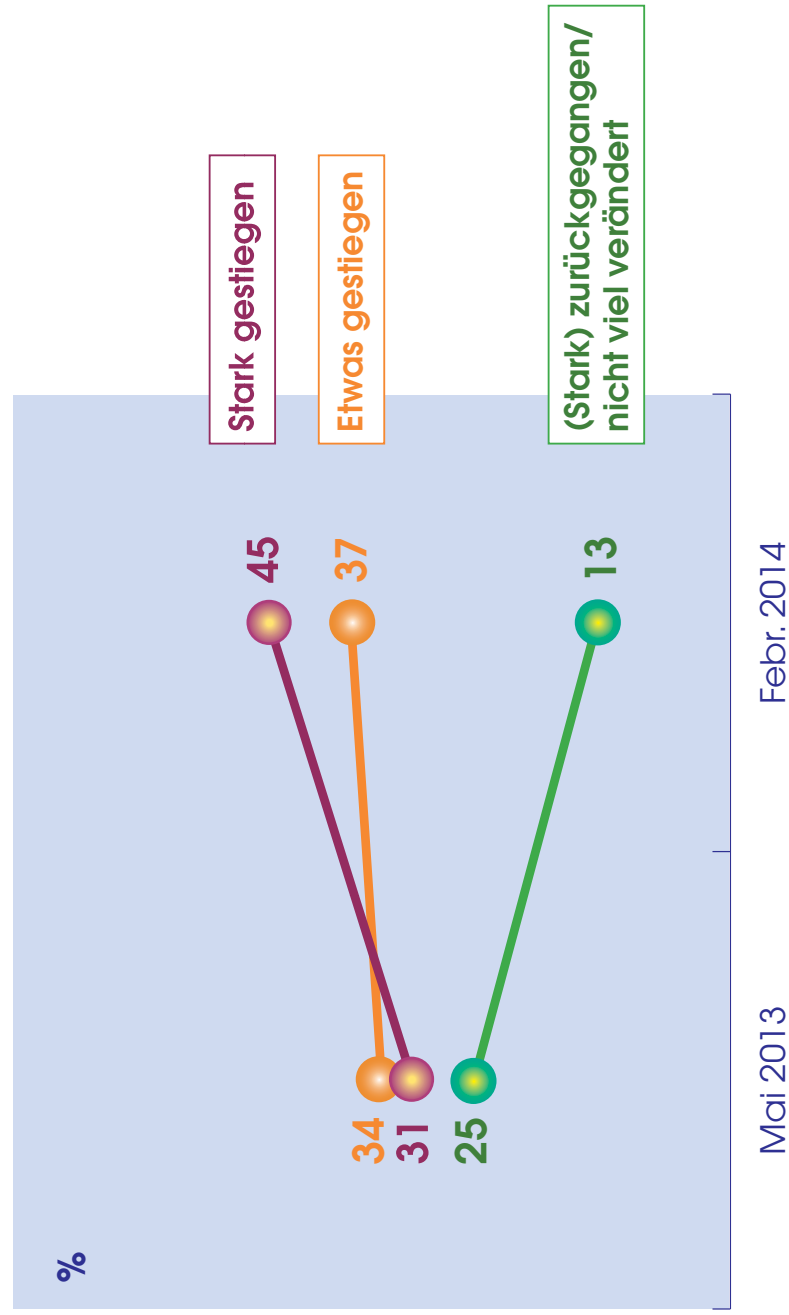
Frage: "Ab dem 1. Januar 2014 gilt die EU-Arbeitnehmerfreizügigkeit auch für Rumänien und Bulgarien. Damit ist gemeint, dass rumänische und bulgarische Arbeitnehmer im EU-Ausland ohne Einschränkungen arbeiten dürfen. Finden Sie das gut, oder finden Sie das nicht gut?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv; ifD-Umfragen 11008, 11018 und 11021

Wachsende Aufmerksamkeit für die steigende Zuwanderung

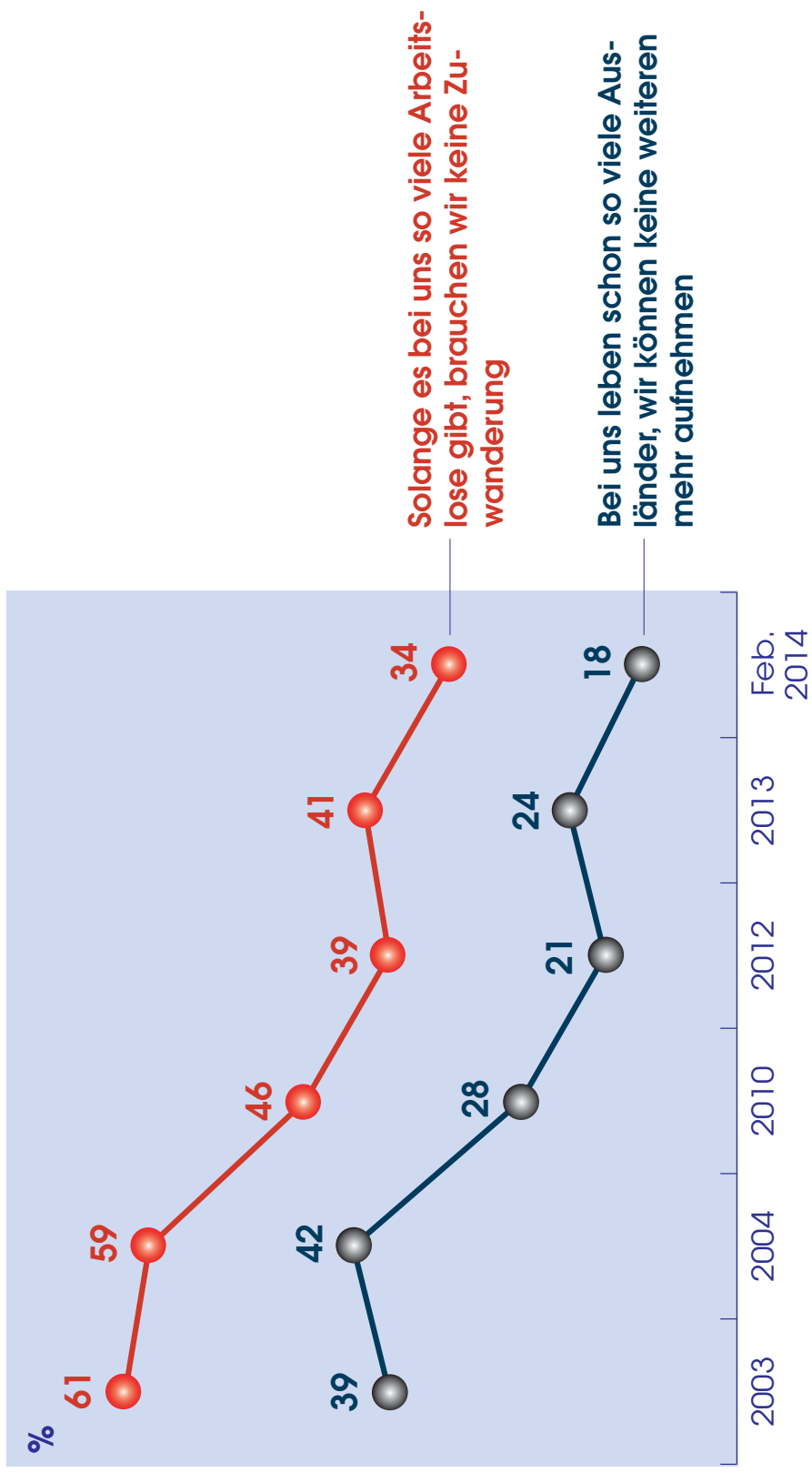
Frage: "Nach allem, was Sie wissen oder vermuten: Ist die Zahl der Menschen, die aus dem Ausland nach Deutschland zuwandern, in den letzten ein, zwei Jahren stark oder etwas gestiegen, oder stark oder etwas zurückgegangen, oder hat sich da nicht viel verändert?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, ifD-Umfragen 11008 und 11021

Abwehrhaltung

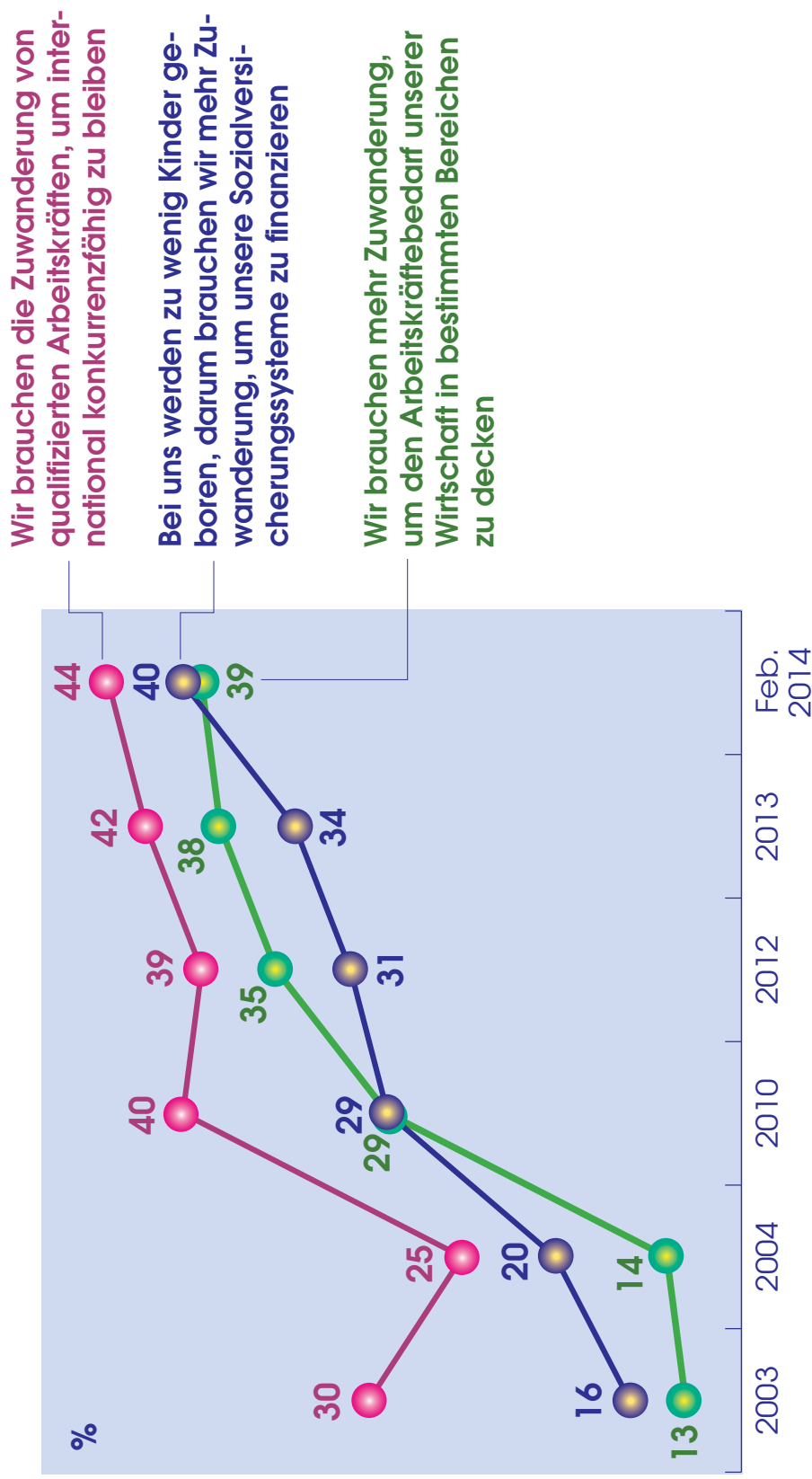
Frage: "Hier auf der Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere zum Thema Zuwanderung gesagt haben. Was davon ist auch Ihre Meinung?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, ifD-Umfragen, zuletzt 11021

Unterstützung von Zuwanderung

Frage: "Hier auf der Liste haben wir aufgeschrieben, was uns andere zum Thema Zuwanderung gesagt haben. Was davon ist auch Ihre Meinung?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv; ifD-Umfragen, zuletzt 11021

Probleme durch Zuwanderung in der näheren Region

Frage an Personen, in deren Region in den letzten Jahren Zuwanderer aus dem Ausland gezogen sind: "Gibt es wegen der Zuwanderung bei Ihnen in der Region Probleme, oder ist das nicht der Fall?"

	2013	2014
%		%

Gibt Probleme	26	23
----------------------	-----------	-----------

Nicht der Fall	42	42
-----------------------	-----------	-----------

Unentschieden, keine Angabe	15	18
------------------------------------	-----------	-----------

Es sind unentschieden, ob in den letzten Jahren Zuwanderer aus dem Ausland in ihre Region gezogen sind	17	17
---	-----------	-----------

	100	100
--	------------	------------

Positive Bilanz

Frage: "Wie gut funktioniert alles in allem das Zusammenleben zwischen Deutschen und den hier lebenden Ausländern? Würden Sie sagen, das Zusammenleben funktioniert ...?"

	2013	2014
	%	%
"(sehr) gut"	43	45
"weniger gut"	41	34
"gar nicht gut"	6	5
Unentschieden, keine Angabe	10	16
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, ifD-Umfragen 11008 und 11021

© ifD-Allensbach

Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 43
vom 20. Februar 2014, S. 8, unter dem Titel:

"Mehr Gelassenheit beim Thema Einwanderung. Im
Prinzip sind die Deutschen für die Freizügigkeit
innerhalb der EU. Nur bei Rumänen und Bulgaren
überwiegt noch die Skepsis."

